

## Aus der eaf Arbeit

- Der **Fachausschuss 2 der eaf Bildung, Beratung, Soziale Integration** traf sich am 26. Oktober 2010. Schwerpunkt der Sitzung war die Frage, wie die Erkenntnisse aus der Beschäftigung mit dem Thema „Inklusion“ für die eaf nutzbar gemacht werden können. In einer der nächsten Ausgaben der FPI (Familienpolitische Informationen) werden dazu verschiedene Artikel erscheinen. Außerdem wurden verschiedene Aspekte betrachtet, die bei der Behandlung eines neuen Themas „Paare in den verschiedenen Lebensphasen“ (äußere Anforderungen, neue Herausforderungen, sowie der Umgang mit neuen und alten Paarmythen und Vorstellungen) eine Rolle spielen und somit in die weitere Beschäftigung einbezogen werden sollen.
- Mitarbeiterinnen der Bundesgeschäftsstelle und Mitglieder der **AG Öffentlichkeitsarbeit „Pflege“** trafen sich am 27. Oktober 2010 zu einem **Workshop**. Es wurde eine Konzeption entwickelt, wie die Inhalte der Broschüre „Häusliche Pflege von Familienangehörigen – Eckpunkte für eine gemeindenahere Pflege“ weiter in der Öffentlichkeit kommuniziert werden können. Für den 12. Mai 2011, den Internationalen Tag der Pflege (International Nurses Day), wurden Überlegungen angestellt, wie das Zusammenspiel der verschiedenen politischen Ebenen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene in moderierten Gesprächsrunden zum Thema „Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen“ sichtbar gemacht werden kann. Der Kreis der Personen und Institutionen auf mittlerer Ebene (Landratsämter, Superintendenturen), welche bislang hauptsächlich in den Blick genommen wurde, soll weiter in den Kommunikationsprozess einbezogen werden. Auf einer Unter-Website sollen demnächst Informationen und Weiterentwicklungen von guten Beispielen zur Unterstützung der Pflege veröffentlicht werden.
- **Wir wollen alles. Und das ist nicht zuviel verlangt;** Veranstaltung des FSBZ (Studienengruppe Neuer Feminismus) der EKD im Comenius Institut am 28. Oktober 2010. Unter diesem Motto trafen sich prominente Gesprächspartnerinnen zu einem sehr anregenden Austausch darüber, wie Feminismus heute von ihnen definiert wird und wie er in ihrer Lebensrealität zum Tragen kommt. Mit ca. 60 Gästen fand daran anschließend eine lebhaft Diskussions statt: Manuela Schwesig, Ministerin für Gesundheit und Soziales aus Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Silke Lechner, Studienleiterin des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Dr. Elke Eisenschmidt, Ratsmitglied der EKD und Margarita Tsomou, Herausgeberin des Missy Magazins reflektierten miteinander persönliche Sichtweisen, stellten sich den Fragen der Gäste und bezogen Position zu Fragen der Gleichberechtigung von Chancen, Wahlfreiheit von Lebensmodellen und zu den Erwartungen und Forderungen an Kirche und Gesellschaft.
- **Familiäre Leitbilder in Gesellschaft, Justiz und Politik;** Tagung der Ev. Akademie Bad Boll in Kooperation mit dem Deutschen Familiengerichtstag und der eaf am 29. - 31. Oktober in Bad Boll. Die verschiedenen – meist unausgesprochenen – (Leit)bilder, die politischem Handeln oder rechtlichen Regelungen zugrunde liegen, wurden der Entwicklung von Familie

gegenübergestellt. Wo passen sie zusammen, wo nicht und welche Formen gelebter Familie haben sich sozusagen trotz dieser Leitbilder entwickelt? Welche Rolle spielt Verwandtschaft angesichts reproduktionsmedizinischer Möglichkeiten? Die Teilnehmenden kamen zu dem Schluss, dass die Herausforderung insbesondere der Politik und des Rechts darin besteht, möglichst allen Formen von generationsübergreifenden Verantwortungsgemeinschaften, die sich als Familie verstehen, einen guten Rahmen zu Verfügung zu stellen, ohne bestimmte Formen zu bevorzugen oder zu benachteiligen.

- Das **Präsidium der eaf** beschäftigte sich vor allem mit der Auswertung der Zukunftskonferenz am 22. September und entwickelte Fragen und Themenbereiche, die im Rahmen eines Workshops mit der Organisationsberatung am 20. Dezember bearbeitet werden sollen. Außerdem beriet das Präsidium über das Thema der nächsten Jahrestagung am 12. und 13. September 2011 im Stephansstift in Hannover. Auf der letzten Mitgliederversammlung waren verschiedene Themen vorgestellt worden. „Familien mit Heranwachsenden“ war darunter das Thema, welches am meisten Zustimmung fand und das nun auch Thema der nächsten Tagung werden soll. Da ein häufiger Wunsch der Mitglieder in der Befragung die stärkere Einbeziehung bzw. Mitwirkung bei der Jahrestagung und Mitgliederversammlung war, hat das Präsidium beschlossen, für die Vorbereitung dieses Thema eine Vorbereitungsgruppe zu bilden. Diese wird die Tagung inhaltlich vorbereiten. Die Zusammensetzung dieser Gruppe ist gegenwärtig in Arbeit.
- Der **Fachausschuss 1 der eaf Sozialpolitik und Recht** tagte am 5. November 2010 in Berlin. Überlegungen zum weiteren Vorgehen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Berechnung der Regelsätze und nach der Vorlage eines Gesetzentwurfes waren ein Schwerpunkt der Sitzung: Entsprechen die geplanten Neuregelungen den verfassungsrechtlichen Vorgaben und welche Kritikpunkte sind festzustellen? Themen waren zudem das Urteil des Verfassungsgerichtshofs NRW vom 12. Oktober 2010 zum Ausbau der Kinderbetreuung U3 (Aufgabenverteilung im Föderalismus) sowie Vorstellungen zum gemeinsamen Sorgerecht nicht verheirateter Eltern nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. August 2010.
- Vertreterinnen und Vertreter der eaf Landesarbeitskreise/Landesverbände trafen sich zu ihrem jährlichen **Arbeitstreffen** am 16. und 17. November 2010 in Berlin. Pfarrerin Anna-Dorothea Küster, Sozialwissenschaftliches Institut (SI) Hannover, stellte die Studie „Armut in ländlichen Räumen“ (Marlis Winkler: Nähe, die beschämt. Armut auf dem Land. Eine qualitative Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, Münster 2010) vor. Im Anschluss wurde überlegt, wie eaf Landesarbeitskreise mit diesen Befunden umgehen können. Traditionell wird bei den Arbeitstreffen der eaf ein Ort in Berlin besucht, an dem „Politik gemacht“ wird. Diesmal war die Gruppe im Willy-Brandt-Haus. Das Gebäude des SPD-Vorstandes wurde besichtigt und die Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug sprach über aktuelle familienpolitische Themen. Herr Iversen kam, um die Arbeit der AGF auf Bundesebene zu erläutern und in einen Erfahrungsaustausch einzutreten, wie die verschiedenen AGF (LAGF/AKF)-Zusammenschlüsse auf Länderebene arbeiten.



Vertreterinnen und Vertreter der eaf Landesarbeitskreise/Landesverbände beim Besuch des Willy-Brandt-Hauses.

## ▶▶▶ Tagungen und Veranstaltungen

- **Kinderarmut in Deutschland und Europa. Wo stehen wir am Ende des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung?“, 30. November 2010, von 14.00 bis 17.00 Uhr in Berlin**

Die Veranstaltung wird durchgeführt von der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V. und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Es soll der aktuelle Stand der Kinderarmutsbekämpfung in Deutschland und Europa herausgearbeitet und diskutiert werden, welche Schritte für eine effektive Politik gegen Kinder- und Familienarmut nötig sind. In Impulsreferaten und einer Plenumsdiskussion werden die aktuellen Herausforderungen für die Bekämpfung der Kinderarmut benannt und Wege zu einer effektiven Politikgestaltung aufgezeigt.

[Download Programm und Anmeldung.](#)

- **Familien bilden: Bedarfe, Konzepte, Lernorte. Herausforderungen, Entwicklungsaufgaben und Perspektiven familienbezogener Bildung, 10. Dezember 2010 in Erfurt**

Im Fachgespräch der DEAE und und Ev. Erwachsenenbildung Thüringen sollen auf dem Hintergrund der Situation in Thüringen die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen, die Arbeitsaufgaben und Arbeitsformen, die Gestaltungserfordernisse und die Vernetzungsnotwendigkeiten in den Blick genommen und diskutiert werden.

[Download Programm und Anmeldung.](#)

## ▶▶▶ Familienpolitische Entwicklungen

- **BAföG-Erhöhung zugestimmt**

Der Bundesrat hat am 15. Oktober 2010 dem [23. Gesetz zur Änderung des BAföG](#) zugestimmt. Damit ist der Weg frei für die Erhöhung des BAföG. Die Bedarfssätze steigen um 10 %, die Einkommensfreibeträge um 3 %. Die Altersgrenze für die Förderung von Masterstudiengängen liegt künftig bei 35 Jahren. Das Gesetz wird nun über die Bundesregierung dem Bundespräsidenten zur Unterschrift vorgelegt. Es soll rückwirkend zum 1. Oktober 2010 in Kraft treten. Die Länder haben der BAföG-Erhöhung ihre Zustimmung erteilt, nachdem die Bundesregierung in der Plenarsitzung verbindlich zugesichert hatte, Forschungsprojekte der Hochschulen zusätzlich zu fördern. Sie folgten damit der Empfehlung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat, der das Gesetz am 14. Oktober 2010 bestätigt hatte.

Quelle: Pressemitteilung des Bundesrates Nr. 153 vom 15. Oktober 2010

*Kommentar:* Allerdings standen die Änderungen lange zwischen Bund und Ländern auf der Kippe und wurden schließlich über den Vermittlungsausschuss dann doch durchgesetzt. Die eaf hatte sich in zwei Pressemitteilungen (vom 8. und 17. September 2010) zustimmend zu den geplanten Änderungen geäußert, die außer den oben erwähnten finanziellen Anpassungen und der Erhöhung der Altersgrenze auch die Anrechnung von Erziehungszeiten bei einem Masterstudium vorsehen.

[Download Pressemitteilung vom 8. September 2010.](#)

[Download Pressemitteilung vom 17. September 2010.](#)

- **Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ gestartet**

„Zur richtigen Zeit am richtigen Ort“: Dies ist das Motto der neuen Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“, die Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder mit dem Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann, am 29. Oktober in Berlin gestartet hat. Ziel der gemeinsamen Initiative ist es, Arbeitgeber zu motivieren und dabei zu unterstützen, mehr flexible und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle anzubieten, die Müttern mehr Karrierechancen und Vätern mehr Familienzeit ermöglichen. Eine Datenbank mit zahlreichen guten Beispielen sowie praxisnahe Handlungshilfen unterstützen interessierte Betriebe bei der Umsetzung familienbewusster Arbeitszeitmodelle. Zudem wird

Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder in den kommenden Monaten bundesweit Industrie- und Handelskammern besuchen, um mit Unternehmensverantwortlichen Konzepte für eine flexible Arbeitszeitgestaltung zu diskutieren. Flankiert wird der Dialog mit der Wirtschaft von einer Anzeigenkampagne, in der Arbeitgeber und Beschäftigte für die Vorteile familienbewusster Arbeitszeit werben. Weitere Informationen unter <http://www.bmfsfj.de>.  
Quelle: BMFSFJ Im Fokus Nr. 28 vom 28./29. Oktober 2010

### ● **Experten kritisieren Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie**

Bei der Anhörung im Rechtsausschuss zur Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet kritisierten die Experten das zu diesem Thema beschlossene Gesetz, plädierten jedoch überwiegend nicht für die Abschaffung. Beraten wurde ein Gesetzentwurf der SPD (17/776), in dem die Sozialdemokraten fordern, das „Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen“ aufzuheben. Das Gesetz wurde im Juni 2009 vom Bundestag beschlossen und trat im Februar 2010 in Kraft. Es sah die Sperrung von Internetseiten mit kinderpornographischen Inhalten vor, wird jedoch nicht angewendet, da die Bundesregierung ein einjähriges Moratorium verhängt hat. Auch die Fraktion Die Linke (17/646) und Bündnis 90/Die Grünen (17/772) haben Gesetzentwürfe vorgelegt, die auf die Aufhebung des Gesetzes zielten. Nach Auffassung der Oppositionsfraktionen ist das Gesetz zur Bekämpfung von Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen nicht geeignet, kinderpornographische Internetseiten effektiv zu bekämpfen. Es greife darüber hinaus unverhältnismäßig in Grundrechte ein. Nach Meinung der Grünen-Fraktion demonstriere das einjährige Anwendungsmoratorium durch die Bundesregierung auch deren eigene Bedenken. [...] Konsens herrschte darüber, dass die aktuelle Nichtanwendung wesentlicher Teile des Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornographie unbefriedigend sei. Peter Jürgen Graf, Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe, bezeichnete es als einen in der Rechtsgeschichte der Bundesrepublik einmaligen Vorgang, dass ein vom Bundestag verabschiedetes Gesetz von einer Behörde per Anwendungsmoratorium faktisch außer Kraft gesetzt wurde. Trotzdem sprach sich Graf gegen die Aufhebung des Gesetzes aus. In diesem Fall wären staatliche Behörden, insbesondere das Bundeskriminalamt, nicht mehr zur Löschung von Seiten mit kinderpornographischem Inhalt verpflichtet. Ulrich Maurer, Vizepräsident des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden, wies darauf hin, dass kinderpornographische Angebote auf deutschen Servern in der Regel problemlos gelöscht werden könnten. Das eigentliche Problem seien Server im Ausland. Mithilfe des Gesetzes ließen sich solche Angebote zumindest sperren, bis sie endgültig gelöscht werden könnten. Deshalb sprach sich auch Maurer gegen eine Aufhebung des Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornographie aus.

Quelle: heute im bundestag Nr. 374 vom 11. November 2010

### ● **400 Millionen Euro für Sprach- und Integrationsförderung in Schwerpunkt-Kitas**

Bundesfamilienministerin Schröder startet „Offensive Frühe Chancen“

Die Bundesregierung will kleine Kinder mit sprachlichem Förderbedarf besser unterstützen. Mit der Initiative „Offensive Frühe Chancen“, stellt der Bund von 2011 bis 2014 rund 400 Millionen Euro zur Verfügung, um bis zu 4.000 Einrichtungen - insbesondere in sozialen Brennpunkten - zu „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ auszubauen. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, stellte die Initiative gemeinsam mit der Bayerischen Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christine Haderthauer, und der Berliner Staatssekretärin für Bildung, Jugend und Familie, Claudia Zinke, in Berlin vor. [...] Jede der beteiligten Einrichtungen erhält pro Jahr 25.000 Euro aus Bundesmitteln, um damit eine Halbtagesstelle für zusätzliches, besonders qualifiziertes Fachpersonal zur Sprachförderung insbesondere von unter Dreijährigen einzurichten. Eine Kofinanzierung ist nicht erforderlich.

Kindertageseinrichtungen können sich bis zum 15. Dezember 2010 als „Schwerpunkt-Kita Sprache & Integration“ bewerben.

Teilnehmer an dem Programm müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

- In der Einrichtung müssen auch Kinder unter drei Jahren betreut werden.
- Die Einrichtung wird von mindestens 40 Kindern besucht. Kleinere Einrichtungen können sich zusammenschließen. Der Verbund muss mindestens 80 öffentlich geförderte Plätze umfassen.

- Die Einrichtung wird von einer überdurchschnittlichen Zahl von Kindern mit einem potentiell hohen Sprachförderbedarf besucht.

Zur Vergabe der Förderung schließt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Kooperationsvereinbarung mit den Bundesländern. Die Länder können so gemeinsam mit dem Bund die Fördermittel dorthin lenken, wo der Bedarf am größten ist. Weitere Informationen finden Sie unter [www.fruehe-chancen.de](http://www.fruehe-chancen.de).

Quelle: Pressemitteilung des BMFSFJ Nr. 79 vom 2. November 2010

### • **Experten: Hilfen für Kinder und Jugendliche müssen zusammengefasst werden**

Im Interesse einer bestmöglichen Unterstützung müssen die Hilfsangebote für Kinder und Jugendliche unabhängig von ihren eventuellen seelischen, geistigen oder körperlichen Behinderungen in der Jugendhilfe zusammengefasst werden. Mit dieser Einschätzung stimmten die geladenen Experten bei einer öffentlichen Anhörung des Familienausschusses am 25. Oktober 2010 den Schlussfolgerungen des 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (16/12860) zu, der unter dem Titel „Mehr Chancen für gesundes Aufwachsen - Gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe“ stand.

Derzeit, so der Vorsitzende der Berichtskommission, Professor Heiner Keupp, gebe es „Strukturdefizite“ im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention. Die vier verschiedenen Sozialgesetzgebungen, in denen sich die entsprechenden Regelungen finden, führten zu einer unübersichtlichen Komplexität, die an den Schnittstellen zu großen Reibungsverlusten und nicht selten auch zu „schwarzen Löchern“ führe. Keupp sprach sich daher für die „große Lösung“ in der Jugendhilfe aus, die eine Zusammenführung der Leistungen in einem einzigen Gesetz vorsieht. „Wir brauchen nachhaltige Strategien“, forderte er und sprach sich für ein Ende der „Projektismuslandschaft“ aus.

Die gewünschte „Inklusion“ für alle Heranwachsenden werde nur durch eine solche „große Lösung“ realisierbar, bestätigte auch der Kinder- und Jugendpsychiater Professor Jörg Fegert von der Universität Ulm. Dies habe der vorliegende Bericht, den Fegert wie auch alle weiteren Sachverständigen als ausgesprochen gelungen würdigte, aufgezeigt. Fegert kritisierte das noch immer ausgeprägte „Ressortdenken“ bei der Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen. Er hätte sich gewünscht, dass bei diesem Thema Familienausschuss und Gesundheitsausschuss eine gemeinsame Anhörung durchführten.

Auch Norbert Müller-Fehling, Geschäftsführer des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen, machte deutlich, dass es kein Sondersystem für behinderte Kinder geben solle. Der „isolierte“ Blick auf die Behinderung eines Kindes müsse durch eine ganzheitliche Betrachtung der Familie ersetzt werden. „Wir erwarten eine absehbare und gut durchdachte Lösung, um die Leistungen für behinderte Kinder und ihre Familien unter dem Dach der Jugendhilfe zusammenzuziehen“, sagte Müller-Fehling.

Im Interesse des Ausbaus der Gesundheitsförderung müsse ein Gesundheitsförderungsgesetz auf den Weg gebracht werden, forderte Professor Raimund Geene von der Hochschule Magdeburg-Stendal. Damit könne es gelingen, die vielfältigen „Schnittstellenprobleme“ zu überwinden. Auf die Bedeutung von Kindertagesstätten in Bezug auf Prävention und Gesundheitsförderung ging Fabienne Becker-Stoll vom Staatsinstitut für Frühpädagogik ein. Sie kritisierte, dass es derzeit keine bundesweit gültigen Qualitätsstandards für die Kinderbetreuung der unter Dreijährigen gebe. So hänge die Qualität „von der Finanzkraft der Kommunen, dem Engagement der Eltern und den 16 verschiedenen Ländergesetzgebungen ab“, sagte Becker-Stoll. Das sei schlicht ein „Skandal“.

Auch Professor Birgit Babitsch von der Charité Berlin vermisste ein Gesamtkonzept zur Sicherung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Kindern und Jugendlichen. Sie sprach sich für eine stärkere Verzahnung der Familien-, Bildungs-, Kinder- und Jugend- sowie der Gesundheitspolitik aus. Nur so könnten verbindliche Standards auf kommunaler sowie Länder- und Bundesebene geschaffen werden.

Quelle: heute im bundestag Nr. 337 vom 25. Oktober 2010

### • **Rentenanwartschaften für ALG-II-Bezieher werden nicht erhöht –**

Oppositionsanträge gescheitert – Regierung will Kommission zur Altersarmut einsetzen

Die Rentenanwartschaften für Arbeitslosengeld-II-Bezieher werden nicht erhöht. Die Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Soziales hat am Mittwoch vier entsprechen-

de Anträge von SPD (17/1747), Linksfraktion (17/1735, 17/256) und Bündnis 90/Die Grünen (17/2436) abgelehnt. Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP stimmten gegen alle Anträge, die SPD-Fraktion lehnte die drei Initiativen der anderen Oppositionsparteien ab. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag der Linksfraktion (17/1116), der Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten vorsieht. Dafür stimmte nur die antragstellende Fraktion, die Koalitionsfraktionen sowie die SPD stimmten dagegen, die Grünen enthielten sich.

Die Anträge zur Erhöhung der Rentenanwartschaften für Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) sind unterschiedlich. Die Grünen wollen das fiktive Einkommen, welches die Grundlage der von der Bundesagentur für Arbeit abgeführten Rentenversicherungsbeiträge für ALG-II-Bezieher bildet, von 205 Euro auf 400 Euro erhöhen. Die SPD fordert für ALG-II-Bezieher mit weniger als 30 Entgeltpunkten, ein fiktives Einkommen in Höhe des durchschnittlichen Werts der Beitragszeiten des ALG-II-Beziehers zugrunde zu legen, jedoch maximal 0,5 Entgeltpunkte pro Jahr. Die Linke fordert generell 0,5 Entgeltpunkte pro Jahr des ALG-II-Bezugs zu berücksichtigen. Darüber hinaus fordert die SPD eine bis 2011 befristete und die Linke eine unbefristete Aufwertung der Rentenanwartschaften von Geringverdienern mit mehr als 35 Beitragsjahren. Union und FDP betonten, dass auch ihnen das Thema Altersarmut äußerst wichtig sei. Daher werde die Bundesregierung im Frühjahr des kommenden Jahres eine Kommission einsetzen, die noch in dieser Legislaturperiode Ergebnisse vorlegen soll. Auch die Vorschläge, die in den Oppositionsanträgen gemacht worden seien, würden von der Kommission angeschaut, betonte die Unionsfraktion. Lösungen des Problems der Altersarmut seien schwierig, da es oft an „präzisen Aussagen“ und Zahlen fehle. Dies habe auch die Anhörung des Ausschusses zu dem Thema am 27. September gezeigt. Eine rentenrechtliche Regelung, die am morgigen Donnerstag mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2011 verabschiedet werden soll, werde für ALG-II-Bezieher von großem Vorteil sein, sagte ein Vertreter der CDU/CSU-Fraktion. Danach sollen Zeiten des ALG-II-Bezugs künftig als so genannte Anrechnungszeiten in der Rentenversicherung berücksichtigt werden. „Damit werden Lücken in den Erwerbsbiographien vermieden“, hieß es bei der Union, und etwaige Ansprüche bei der Erwerbsminderungsrente würden erhalten. Für viele bewirke die Neuregelung sogar höhere Leistungen in dem Bereich, wie auch die Sachverständigen bestätigt hätten. Die Grünen-Fraktion begrüßte diese rentenrechtliche Regelung im Haushaltsbegleitgesetz, kritisierte jedoch, dass dadurch keine neuen Ansprüche erworben werden könnten.

Der Antrag der Linksfraktion zu den Rentenanwartschaften der ALG-II-Bezieher wurde von den anderen Fraktionen als zu teuer beziehungsweise nicht gegenfinanziert kritisiert, da er rund 10 Milliarden Euro kosten würden. Die Linksfraktion ihrerseits betonte, dass der von ihr geforderte Mindestlohn von 10 Euro „aus rentenpolitischer Sicht sinnvoll“ sei, da erst bei einem Stundenlohn von 9,47 Euro nach 45 Jahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung erreicht werden könne. Die SPD-Fraktion kritisierte die Pläne der Bundesregierung, die die Beiträge für ALG-II-Bezieher an die Rentenversicherung streichen will. Die dann fehlenden 1,8 Milliarden Euro „zahlen die Beitragszahler“ kritisierten die Sozialdemokraten.

Quelle: heute im bundestag Nr. 342 vom 27. Oktober 2010

## Zahlen, Daten, Fakten

### • Studie zu Familienplanung und Migration

BZgA und BMFSFJ stellen Studie zu Frauen mit türkischem und osteuropäischem Migrationshintergrund vor

Den Zusammenhang von Familienplanung und Migration zu untersuchen sowie den Informations- und Beratungsbedarf von Migrantinnen zu Themen wie Familienplanung und Verhütung festzustellen - das war das Ziel einer Studie, die die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) durchgeführt hat. Zentrales Ergebnis: Bildung verschiebt die Familiengründung nach hinten. Für die Studie wurden in Berlin, Stuttgart, Nürnberg und Oberhausen 1.674 Frauen mit türkischem und osteuropäischem Migrationshintergrund befragt sowie 839 deutsche Frauen im Alter von 20 bis 44 Jahren. [...] Wie die Studienergebnisse zeigen, spielt die Schulbildung eine entscheidende Rolle. Je niedriger der Bildungsstand, desto früher heiraten Frauen und umso mehr Kinder werden geboren. Der Informationsbedarf ist ebenfalls umso größer, je geringer die Schulbildung. Dabei stehen Fragen zur Familienplanung und Verhütung, zu sexuell übertragbaren Krankheiten und Aids aber auch zu Themen wie Rechte und Pflichten von Mann und Frau in der Familie oder zum Elterngeld im Mittelpunkt. Türkische Frauen bevorzugen vor

allem Ärztinnen und Ärzte, um sich zu informieren, und das am liebsten in ihrer Muttersprache. Das Internet gewinnt mit steigender Bildung an Bedeutung. [...]

Hier die wichtigsten Ergebnisse der Studie:

- 18 % der weiblichen Bevölkerung in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Zwei Fünftel dieser Frauen sind zwischen 20 und 44 Jahre alt. Familienplanung und Familienbildung spielen für sie eine wichtige Rolle. Lediglich 6 % der türkischen und 8 % der osteuropäischen Befragten über 34 Jahre sind kinderlos, bei den westdeutschen Frauen sind es 17 %.
- Türkische Zuwanderinnen kommen häufig ohne Ausbildungsabschluss und mit geringen Deutschkenntnissen nach Deutschland. Demgegenüber verfügen die Osteuropäerinnen von Anfang an über eine höhere Schul- und Berufsausbildung.
- Als Verhütungsmittel wird in allen drei Herkunftsgruppen am häufigsten die Pille genommen.
- Schwangerschaftsabbrüche kommen in beiden Migrationsgruppen häufiger vor als bei deutschen Frauen. Bezogen auf jeweils 100 Frauen haben durchschnittlich 27 türkische, 48 osteuropäische und neun deutsche Frauen einen Schwangerschaftsabbruch vorgenommen. Unabhängig vom Herkunftsland brechen mehr Frauen mit niedriger Schulbildung eine Schwangerschaft ab als Frauen mit höheren Bildungsqualifikationen.
- Der Informations- und Beratungsbedarf ist hoch. Die Hälfte der türkischen Frauen wendet sich bei Fragen zur Familienplanung, zur Verhütung, zu sexuell übertragbaren Krankheiten oder Aids an die Ärzteschaft, vor allem an Gynäkologinnen und Gynäkologen. Dabei ist es ihnen wichtig, dass sie sich in ihrer Muttersprache informieren können. Osteuropäerinnen informieren sich ähnlich wie deutsche Frauen am liebsten über das Internet oder Informationsmaterialien. Generell gilt: mit zunehmender Bildung steigt der Stellenwert des Internets.

Weitere Informationen zur Studie „Frauen leben - Familienplanung und Migration“ unter <http://www.forschung.sexualaufklaerung.de>.

Quelle: Pressemitteilung des BMFSFJ Nr. 76 vom 26. Oktober 2010

### • **Unfälle, Gewalt und Selbstverletzungen häufigste Todesursachen bei Kindern**

Unfälle, Gewalt und Selbstverletzungen sind die häufigsten Todesursachen bei Kindern und Jugendlichen zwischen 1 und 19 Jahren. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, starben im Jahr 2008 an den Folgen von Unfällen, Gewalt oder Selbstverletzungen 1.113 Kinder und Jugendliche. Das waren 43 % aller Todesfälle in dieser Altersgruppe.

Bei den Krankenhauseinweisungen spielen Verletzungen und Vergiftungen eine maßgebliche Rolle. In der Alterklasse der 5- bis 14-Jährigen waren sie mit 115.000 Fällen der häufigste Einweisungsgrund in ein Krankenhaus. In der Altersklasse von 1 bis 4 Jahren waren sie mit knapp 58.000 Fällen nach den Erkrankungen der Atmungsorgane und Infektionserkrankungen die dritthäufigste Ursache.

Detaillierte Ergebnisse aus der amtlichen Statistik und epidemiologische Analysen zum Unfall- und Verletzungsgeschehen bei Kindern und Jugendlichen bietet der neue Fachbericht „Unfälle, Gewalt und Selbstverletzungen bei Kindern und Jugendlichen“. Er kann unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) abgerufen werden.

Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 402 vom 5. November 2010

### • **Zum Welttag des Mannes: Fakten zum Leben von Männern**

Im Mittelpunkt des Welttages des Mannes am 3. November 2010 stand das Thema Männergesundheit. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) aus diesem Anlass mitteilt, waren im Jahr 2009 in Deutschland 60 % der erwachsenen Männer übergewichtig. Zum Vergleich: bei Frauen betrug dieser Anteil lediglich 43 %.

Übergewicht wird nach dem Body-Mass-Index bestimmt. Dieser Index wird errechnet, indem man das Körpergewicht (in Kilogramm) durch das Quadrat der Körpergröße (in Metern) teilt. Die Weltgesundheitsorganisation stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig, mit einem Wert über 30 als stark übergewichtig ein.

Das Übergewicht steigt mit zunehmendem Alter: Männer ab 55 Jahre waren zu mehr als 70 % übergewichtig. Bei verheirateten Männern betrug der Anteil der Übergewichtigen 69 % und bei verwitweten 67 %. Ledige waren dagegen nur zu 43 % übergewichtig. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ledige Männer eher zu jüngeren Altersgruppen gehören: rund 72 % von ihnen sind zwischen 15 und 39 Jahre alt. Zum Welttag des Mannes hat das Statistische Bundesamt weitere Zahlen zum Leben der Männer in Deutschland zusammengestellt. Insgesamt lebten 2009

bundesweit 39,9 Millionen Jungen und Männer in Privathaushalten. Davon waren 10,6 Millionen ledige Söhne, die im elterlichen Haushalt wohnten. Von den verbleibenden 29,3 Millionen Männern waren knapp zwei Drittel (63 %) verheiratet sowie 9 % Partner in einer Lebensgemeinschaft. 27 % waren alleinlebend und knapp 1 % alleinerziehende Väter. Ehemänner waren 2009 im Durchschnitt 55,6 Jahre alt und somit deutlich älter als Partner in einer Lebensgemeinschaft (40,6 Jahre) oder alleinstehende Männer (46,2 Jahre). Alleinerziehende Väter hatten ein Durchschnittsalter von 53,0 Jahren.

23 % der Männer zogen im Jahr 2009 in einer Ehe, einer Lebensgemeinschaft oder als allein erziehender Vater mindestens ein Kind (unter 18 Jahren) groß. Bei 10 % der Männer waren alle im Haushalt lebenden Kinder bereits volljährig. Zwei Drittel (67 %) der Männer betreuten keine Kinder im Haushalt. Hierzu zählen auch Männer, deren Kinder bereits aus dem Haushalt ausgezogen sind.

60 % der 29,3 Millionen Männer - nicht berücksichtigt sind die im elterlichen Haushalt lebenden ledigen Söhne - finanzierten ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Erwerbs- oder Berufstätigkeit. Rund drei von zehn Männern (29 %) bestritten ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Rente oder Pension. Etwa jeder zehnte Mann (11 %) hatte andere Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts, zum Beispiel Arbeitslosengeld, Leistungen durch Hartz IV, Unterhalt durch Angehörige oder das eigene Vermögen.

Weitere Ergebnisse des Mikrozensus zu Haushalten, Familien und Lebensformen der Bevölkerung können auch kostenfrei in der GENESIS-Online Datenbank unter [www.destatis.de/genesis](http://www.destatis.de/genesis) abgerufen werden.

Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 398 vom 2. November 2010

#### ● **55.000 neue Plätze für unter Dreijährige vor allem in den alten Bundesländern**

Der Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland geht weiter voran. So wurden nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamtes im März 2010 rund 23 % der Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen oder in Kindertagespflege betreut. Vor allem in den westdeutschen Bundesländern gewinnt der Ausbau dabei an Dynamik: Hier wurden rund 45.000 neue Plätze geschaffen (Vorjahr: ca. 38.000), wobei insbesondere Niedersachsen und Schleswig-Holstein stark zulegen (+3,9 bzw. +3,7 Prozentpunkte). [...]

Der Bund beteiligt sich bis 2013 mit vier Milliarden Euro am Ausbau der Kinderbetreuung, darunter 2,15 Milliarden für Investitionen. Daraus sind aktuell bereits 1,5 Milliarden Euro für konkrete Projekte bewilligt, was aber erst in den kommenden Jahren Eingang in die Statistik finden wird. Denn tatsächlich überwiesen wird das Geld erst, wenn die Plätze geschaffen wurden. Auch hier ist die Dynamik des Ausbaus sichtbar: So wurden allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 2010 fast 400 Millionen Euro abgerufen, 75 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. [...] Die Länder haben beim „Krippengipfel“ im April 2007 zugesagt, die Finanzmittel des Bundes an Kommunen und Träger weiterzuleiten und ihrerseits die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das gemeinsame Ziel, bis 2013 für bundesweit durchschnittlich 35 % der unter dreijährigen Kinder Betreuungsplätze zu schaffen, erreicht wird. Der Bund wird deshalb im kommenden Jahr in einer Zwischenauswertung die Länder nach ihren konkreten Ausbauzielen bis 2013 befragen und darauf bestehen, dass auch von Seiten der Länder die notwendigen eigenen Mittel eingesetzt werden.

„Gemeinsam werden wir die 35 % Betreuungsquote bis 2013 erreichen“, betont Kristina Schröder. „Genauso wichtig ist aber, dass wir auch bei der Qualität der Betreuung Fortschritte machen. Die Bundesregierung stellt deshalb unter anderem von 2011 bis 2014 rund 400 Millionen für den Ausbau der Sprachförderung in 4000 Schwerpunkt-Kitas in ganz Deutschland zur Verfügung.“

Quelle: Pressemitteilung des BMFSFJ Nr. 83 vom 10. November 2010

#### ● **Durchschnittliche Kinderzahl je Frau sinkt 2009 leicht auf 1,36**

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, betrug die durchschnittliche Kinderzahl je Frau im Jahr 2009 in Deutschland 1,36. Damit war die zusammengefasste Geburtenziffer etwas niedriger als 2008 (1,38) und 2007 (1,37). Wie in den vergangenen Jahren ging im Jahr 2009 die durchschnittliche Zahl der Geburten bei jüngeren Frauen zurück, während sie bei den Frauen ab 33 Jahren zunahm.

2009 kamen rund 665.000 Kinder zur Welt, etwa 17.000 weniger als 2008. Dieser Rückgang ist



nur zur Hälfte auf das geänderte Geburtenverhalten, wie es in der rückläufigen durchschnittlichen Kinderzahl je Frau zum Ausdruck kommt, zurückzuführen. Zusätzlich ist zu beachten, dass die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter (zwischen 15 und 49 Jahren) zurückgegangen ist. Im Westen Deutschlands sank die durchschnittliche Kinderzahl von 1,37 im Jahr 2008 auf 1,35 im Jahr 2009. Einen niedrigeren Wert gab es zuletzt im Jahr 2006. Im Osten Deutschlands lag die durchschnittliche Kinderzahl im Jahr 2009 wie im Vorjahr bei 1,40 (Angaben für West- und Ostdeutschland jeweils ohne Berlin). Damit blieb sie auf dem höchsten Niveau seit der Wiedervereinigung. Unter den Bundesländern wiesen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern 2009 die höchsten Geburtenziffern auf. Die geringsten Werte gab es in den Stadtstaaten und dem Saarland. Diese durchschnittliche Kinderzahl je Frau, die auch als zusammengefasste Geburtenziffer bezeichnet wird, wird zur Beschreibung des aktuellen Geburtenverhaltens herangezogen. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr. Wie viele Kinder ein Frauenjahrgang tatsächlich im Durchschnitt geboren hat, kann erst festgestellt werden, wenn die Frauen am Ende des gebärfähigen Alters sind, das zurzeit mit 49 Jahren definiert wird. Zur endgültigen Kinderzahl der Frauen, die jetzt 20 oder 30 Jahre alt sind, können somit heute nur Schätzungen abgegeben werden.

Detaillierte Informationen und lange Zeitreihen zu den Geburtenziffern können kostenfrei in der GENESIS-Online Datenbank unter [www.destatis.de/genesis](http://www.destatis.de/genesis) über die Tabelle 12612-0102 abgerufen werden.

Weitere Daten und Informationen zum Thema bietet die Online-Fassung dieser Pressemitteilung unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de).

Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 414 vom 12. November 2010

## Themen, die weiter zu beobachten sind

### • **Koalitionsfraktionen: Mit frühkindlicher Betreuung Chancengerechtigkeit fördern**

Die frühkindliche Betreuung und Bildung soll nach dem Willen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP gefördert werden. In einem entsprechenden Antrag ([17/3663](#)) fordern sie die Bundesregierung unter anderem auf, im Rahmen der Bildungspartnerschaften ein Qualitätsprogramm „Frühkindliche Bildung“ ins Leben zu rufen. Die Regierung solle sich zudem für eine „stärkere Dynamik beim Ausbau der Kindertagesbetreuungsangebote“ einsetzen und die Vernetzung dieser Angebote mit anderen familienunterstützenden Angeboten im Sinne von Familienzentren ausbauen. Zudem sollen nach Willen beider Fraktionen die Angebote der Familienberatung und -bildung stärker beworben und vernetzt werden, damit „ratsuchende Eltern praktische Erziehungshilfen vermittelt bekommen“.

In der Begründung heißt es, frühkindliche Bildung sei „einer der entscheidenden Faktoren für mehr Chancengleichheit“. Der Grundstein für die Entwicklung und Teilhabe an der Gesellschaft werde bereits in der Familie gelegt. Es sei notwendig, geeignete Strukturen zu schaffen, damit Eltern Familie und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren könnten. „Alle Kinder sollten die für ihr soziales, psychisches und physisches Wohlbefinden bestmögliche Förderung erfahren“, schreiben die Abgeordneten in ihrem Antrag. Sie schlagen weiter vor, die Qualifizierungsoffensive „Frühe Chancen“ zu nutzen, um eine „hochwertige und verlässliche sprachliche Förderung“ in Kindertageseinrichtungen zu gewährleisten. Zudem soll für Menschen mit Behinderungen eine Inklusionsstrategie entwickelt werden, die auch die Bereiche Bildung und Betreuung umfasst. Die Abgeordneten fordern die Regierung ferner auf, sich für die Aus- und Fortbildung von Erziehern einzusetzen: So müssten unter anderem junge Menschen mit Migrationshintergrund für den Erzieherberuf gewonnen werden. In ihrem Antrag gehen die Abgeordneten davon aus, dass es bis 2013 einen zusätzlichen Bedarf von 35.000 bis 40.000 Vollzeitstellen in Tageseinrichtungen und von rund 25.000 Tagespflegepersonen geben wird.

Quelle: heute im bundestag Nr. 375 vom 11. November 2010

### • **Kindergarten plus begrüßt die tausendste Einrichtung - Programm zur Persönlichkeitsbildung bundesweit erfolgreich**

Die Städtische Kindertageseinrichtung Josef-Drauschke-Straße in Mönchengladbach ist die tausendste Kindergarten plus-Einrichtung in Deutschland. Das von der Deutschen Liga für das

Kind herausgegebene Bildungs- und Präventionsprogramm Kindergarten plus fördert die sozialen und emotionalen Fähigkeiten vier- und fünfjähriger Kinder in Kindertageseinrichtungen. Schirmherrin des Programms ist die Bundesdrogenbeauftragte. [...]

In den neun Modulen von Kindergarten plus geht es um die Themen Körper, Sinne, Gefühle, Beziehungen, Grenzen und Regeln, Lösung von Konflikten. Die Kinder werden von zwei Spielfiguren (Handpuppen) durch das Programm begleitet: ein Mädchen und ein Junge mit Namen Tula & Tim. Zu den pädagogischen Materialien gehören u. a. eine Musik-CD, Fingerpuppen sowie zahlreiche Bildmaterialien. Mittels schriftlicher Informationen und über Gespräche werden die Eltern der beteiligten Kinder einbezogen. Außerdem ist der Film „Klug sein allein genügt nicht. Kinder brauchen emotionale Intelligenz“ Teil des Programms.

Kindergarten plus ist Bestandteil des Jugendprogramms der Deutschen Lions. Zahlreiche Lions Clubs übernehmen einen Großteil der Kosten in Höhe von 810,- Euro pro Kindertageseinrichtung (für sämtliche Materialien sowie die Fortbildung der Erzieher/innen) und ermöglichen damit die Umsetzung vor Ort. „Wir wissen, dass sich Investitionen in die frühe Förderung von Kindern um ein Mehrfaches auszahlen“, sagt Michael Brahm, Beauftragter des Governorrates der Deutschen Lions für die Deutsche Liga für das Kind. „Kindergarten plus stärkt die Persönlichkeit jedes teilnehmenden Kindes und zugleich profitiert davon die Gesellschaft insgesamt.“ Mehr als 150 Lions Clubs in fast allen Bundesländern haben bisher das Programm finanziell unterstützt. Derzeit wird Kindergarten plus von einer Forschungsgruppe am Psychologischen Institut der Leuphana Universität Lüneburg unter Leitung von Prof. Dr. Maria von Salisch wissenschaftlich ausgewertet. Die vorliegenden Zwischenergebnisse bestätigen die Wirksamkeit des Programms: „Die teilnehmenden Kinder „waren nach Einschätzung ihrer Erzieherinnen rücksichtsvoller, teilten häufiger mit anderen Kindern und waren hilfsbereiter. Zudem verringerte sich die soziale Impulsivität der Kinder (z. B. Nicht-Respektieren von Grenzen anderer Menschen) aus der Interventionsgruppe signifikant, während bei der Kontrollgruppe eine leichte Zunahme der sozialen Impulsivität zu beobachten war.“ [...]

Kontakt: Deutsche Liga für das Kind, Charlottenstr. 65, 10117 Berlin, Tel.: 030 / 285 999 70, E-Mail: [post@liga-kind.de](mailto:post@liga-kind.de), [www.liga-kind.de](http://www.liga-kind.de). Weitere Informationen zu „Kindergarten plus“ unter [www.kindergartenplus.de](http://www.kindergartenplus.de).

Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Liga für das Kind vom 12. November 2010

### ● **Bildungsexperten: Deutsches Schulsystem benachteiligt Kinder mit Behinderungen**

Nach Ansicht von Bildungsexperten benachteiligt das stark selektiv ausgerichtete deutsche Schulsystem Menschen mit Behinderungen und verstößt damit gegen die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen. Die Lern- und Sprachbehinderten blieben als größte Gruppe per se von vornherein ausgeschlossen, weil die Regelschulen überfordert seien, ein adäquates Bildungsangebot zu gewährleisten, kritisierte unter anderem Professor Hans Wocken von der Universität Hamburg. Er war einer von acht Experten, die der Unterausschusses des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in eine öffentliche Anhörung eingeladen hatte, um mit ihnen über die Umsetzung und die Folgen der UN-Konvention und die Bedeutung für das Bildungswesen zu diskutieren.

Tatsache sei, kritisierte Wocken, dass 85 % aller Behinderten Förderschulen besuchten. Deutschland verschenke damit auch Begabungen. „Spezielle und sehr betreuungsintensive Behinderungen sind selten“, bedauerte Wocken und forderte als Sofortmaßnahme die Abschaffung von Sonderschulen und die flächendeckende Zuteilung von Sonderpädagogen an Regelschulen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit Mai 2008 in Kraft und wurde auch von Deutschland ratifiziert. Zentrale Forderung ist die soziale Inklusion, also die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in den Alltag und in die Bildung. „Wenn die Inklusion erfolgreich durchgesetzt wird, dann wird es die unterschiedlichen Schultypen in Deutschland nicht mehr geben“, prognostizierte der Sachverständige Wolfgang Blaschke von der Initiative „Eine Schule für alle“. Auch Norbert Hocke von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sagte, „das gegliederte Schulsystem wird auf lange Sicht durch die Inklusion unterlaufen“. Martin Eckert vom Verband der Körper- und Mehrfachbehinderten betonte, die UN-Konvention biete für die Eltern eine „Riesenchance“. Die Jahrzehnte des Aussonderns von Kindern aus den überforderten Regelschulen in Förderschulen seien endlich vorbei. Einen bedeutenden Schub durch die UN-Konvention sah auch Edna Rasch vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge. „Inklusion bedeutet: Keine Diskriminierung mehr. Sonderzuweisungen von Kindern in Förderschulen gegen den

Willen der Eltern werden nicht mehr möglich sein“, erklärte sie. Die bisher praktizierte „Segregation“ müsse überwunden werden. „Die Durchlässigkeit der Schulen muss für alle Schüler gelten“, forderte Gerhard Zupp von der Bundesarbeitsgemeinschaft Behindertenpädagogik. Barrieren für Sprachbehinderte seien einfach abzubauen: „Räumliche Verhältnisse, das Vermeiden von Hintergrundgeräuschen, angepasste Arbeitsmaterialien und visuelle Angebote wären einfache Lösungen.“ „Die Schulen brauchen jetzt unsere Unterstützung“, forderte Rainer Dillenberg von der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung. „Schon unter den heutigen Rahmenbedingungen ist inklusive Schulbildung möglich“, betonte er und forderte umfassende Änderungen aller Schulgesetze ohne Einschränkungen. Als Problem bei der Umsetzung der „inkluisiven Bildung“ machten die Experten einstimmig die föderale Struktur des Bildungswesens aus. Jedes Bundesland interpretiere die Konvention unterschiedlich. „Wir brauchen ein einheitliches Leitbild“, forderte Wolfgang Blaschke und bat die Kinderkommission des Bundestages das Thema durch bundespolitische Initiativen voranzubringen.

Quelle: heute im bundestag Nr. 373 vom 12. November 2010

- **Projekt „Unternehmenskulturen verändern - Karrierebrüche vermeiden“ untersucht Gründe für Karrierebrüche bei Frauen**

Warum gibt es in Deutschland so wenige Frauen in Führungspositionen? Wieso bleiben viele Frauen ab einer bestimmten Managementebene auf der Karriereleiter stehen? Und was können Politik und Wirtschaft tun, um den Anteil weiblicher Führungskräfte signifikant zu erhöhen? Antworten darauf soll eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit neun internationalen Top-Unternehmen geben. Einzelheiten des Projekts „Unternehmenskulturen verändern - Karrierebrüche vermeiden“ diskutieren die Beteiligten am 10. November 2010 in Berlin auf einer internen Auftaktveranstaltung.

„Viele Unternehmenskulturen sind einfach zu starr“, sagt Bundesfamilienministerin Kristina Schröder. „Dabei ist es höchste Zeit, den Frauenanteil in Top-Positionen zu erhöhen. Daher bleibe ich dabei: Wichtig ist eine konsequente Strategie, die die Ursachen der Karrierelücke anpackt. Die gemeinsame Initiative mit der Wirtschaft ist dazu ein wesentlicher Schritt“, so Kristina Schröder.

Ziel der Initiative ist, die Unternehmenskultur in den beteiligten Konzernen exemplarisch zu analysieren, um die Gründe für die Karrierebrüche weiblicher High Potentials nachzuvollziehen. Mit der Allianz Deutschland AG, Bayer AG, Daimler AG, Deutsche Bahn AG, EADS, Bosch Gruppe, BASF SE, Infineon Technologies AG und Microsoft beteiligen sich daran neun starke Partner. Durchgeführt und wissenschaftlich begleitet wird das Projekt von der Fraunhofer-Gesellschaft, erste Ergebnisse sollen im Herbst 2012 vorliegen. Anfang 2010 lag der Anteil weiblicher Führungskräfte in DAX-notierten Unternehmen in Deutschland bei 3,2 % im Topmanagement und 12,5 % im mittleren Management.

Quelle: Pressemitteilung des BMFSFJ Nr. 28 vom 9. November 2010

- **Kristina Schröder sieht große Chancen im Bundesfreiwilligendienst**

In der Diskussion über die Folgen des Wegfalls des Zivildienstes rückt die Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes näher. Das erklärte die für den Zivildienst zuständige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, vor dem CSU-Parteitag.

„Nach intensiven Gesprächen sind wir uns einig: Die Stärke der Freiwilligendienste ist ihre Vielfalt. Deswegen wollen wir die bewährten Länderprogramme erhalten und durch einen daran gekoppelten, vom Bund finanzierten Dienst stärken“, sagt Kristina Schröder. „Ich freue mich deswegen über Signale aus Bayern aber auch von Trägern und Wohlfahrtsverbänden, die sich an der Ausgestaltung des Bundesfreiwilligendienstes aktiv beteiligen wollen. Solch ein Dienst wird den wertvollen Beitrag unserer 90.000 Zivis pro Jahr zwar nicht 1:1 ersetzen können. Er eröffnet jedoch denen, die sich engagieren wollen, zusätzliche Chancen - Jung und Alt, Frauen und Männern“, so die Bundesfamilienministerin.

Der Bundesfreiwilligendienst ist als nahtloses Angebot für den Fall der Aussetzung von Wehr und Zivildienst konzipiert. Er soll das in Länderhoheit fallende Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) stärken und sinnvoll ergänzen und gemeinsam mit diesen, vor allem von den bestehenden Trägern, durchgeführt und verwaltet werden. Dadurch werden Doppelstrukturen vermieden.

Die Überlegungen zum Bundesfreiwilligendienst im Einzelnen:

- Der neue Dienst steht für Männer und Frauen ab 16 Jahren und für erweiterte Einsatzbereiche (z. B. Sport, Kultur, Bildung) offen.
- Ziel ist die Gewinnung von 35.000 Freiwilligen pro Jahr.
- Regeldauer: ein Jahr; sechs bis 18 Monate möglich
- Wie der bisherige Zivildienst wird der Dienst in sozialen Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände, der Kommunen und anderer Träger durchgeführt.
- Die Freiwilligen werden vor Ort und in Seminaren pädagogisch begleitet.
- Die Koppelung der bestehenden und des neuen Formates findet vorrangig über die bestehenden bundeszentralen Träger von FSJ und FÖJ statt.

„In einem konstruktiven Austausch mit Bayerns Staatsministerin Christine Haderthauer haben wir gemeinsam einen Weg formuliert, der zu einer gleichgewichtigen Förderung der alten wie des neuen Formates führen wird“, sagt Bundesfamilienministerin Kristina Schröder. Wichtig für das FSJ und das FÖJ sei insbesondere die Zusage, künftig alle besetzten Plätze - auch die von kleineren von den Ländern anerkannten Trägern - in vollem Umfang vom Bund zu fördern. Hinzu komme die geplante deutliche Erhöhung der Bundesförderung auf 200 Euro pro Platz und Monat für jeden Freiwilligen im FSJ und FÖJ.

Weitere Informationen zum Thema Zivildienst finden Sie unter [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de).

Quelle: Pressemitteilung des BMFSFJ Nr. 77 vom 26. Oktober 2010

## Nützliche Informationen

### • **Neues Projekt für „Mehr Männer in Kitas“**

Mit dem Programm „Mehr Männer für Kitas“ des „Europäischen Sozialfonds für Deutschland“ (ESF), das ab dem 1. Januar 2011 starten wird, will die Bundesregierung den Anteil der männlichen Pädagogen deutlich erhöhen. Das teilte die Regierung in ihrer Antwort ([17/3374](#)) auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion ([17/3246](#)) mit. Im kommenden Jahr sollen im Rahmen des ESF-Programms „Mehr Männer für Kitas“ bevorzugt arbeitslose Männer, die bereits eine fachfremde Ausbildung absolviert haben, zu qualifizierten Erziehern für Kindertagesstätten umgeschult werden. In Deutschland betrage der Anteil männlicher Pädagogen in Kindertagesstätten 2,4 %. Mit dem ESF-Programm will die Regierung mittel- bis langfristig die Zielvorgabe der Europäischen Union erfüllen. Diese sieht einen Anteil von 20 % vor.

Quelle: heute im bundestag Nr. 360 vom 8. November 2010

### • **Kundgebung: „Niemand darf verloren gehen!“ Evangelisches Plädoyer für mehr Bildungsgerechtigkeit**

3. Tagung der 11. Synode der EKD Hannover, 7. bis 10. November 2010

Im Rahmen der Dekade zum Reformationsjubiläum 2017 ist das Jahr 2010 dem Thema Bildung gewidmet, denn die Reformation gestaltete nicht nur die Kirche neu, sondern war auch eine Bildungsbewegung. Diese Bewegung ist ganz entscheidend mit dem Namen des engen Weggefährten Martin Luthers, Philipp Melancthon, verbunden. In Erinnerung an das reformatorische Bildungshandeln und in bewusster Anknüpfung und Fortsetzung des in der Evangelischen Kirche in Deutschland angestoßenen Reformprozesses „Kirche der Freiheit“, zu dem auch die Überprüfung des eigenen Bildungshandelns gehört, erhebt die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland das Thema Bildung unter dem Motto „Niemand darf verloren gehen! - Evangelisches Plädoyer für mehr Bildungsgerechtigkeit“ zu ihrem diesjährigen Schwerpunktthema und verabschiedet hierzu die nachfolgende Kundgebung. Im Wissen um die Weite eines umfassenden Bildungsverständnisses konzentriert sie sich dabei auf die Bildungsbereiche, die Kinder und Jugendliche betreffen, denn sie sieht in diesen Bereichen einen vordringlichen und überfälligen Handlungsbedarf. Weitere Informationen unter: [www.ekd.de](http://www.ekd.de).

### • **Evangelischer Fachverband für Frauengesundheit feiert 40-jähriges Jubiläum**

Das besondere Gesundheitsangebot für Frauen in Familienverantwortung hat sich in den letzten 40 Jahren stark weiterentwickelt und sich den veränderten Bedürfnissen angepasst. Verantwortung und Sorge für Kinder, Familie, Haushalt, Beruf und zunehmend für die Pflege behinderter oder älterer Angehöriger ist eine Aufgabe, die überwiegend von Frauen geleistet wird

und aufgrund der hohen Anforderungen krank machen kann. Das heutige frauenspezifische und ganzheitliche Gesundheitsangebot des Evangelischen Fachverbandes für Frauengesundheit in Form von Beratung, stationären medizinischen Maßnahmen zur Vorsorge und Rehabilitation sowie Nachsorge unterstützt Frauen auf ihrem Weg zu Heilung und Stärkung. Gut zwei Millionen Frauen - jede fünfte Mutter in Deutschland - sind gesundheitlich so stark belastet, dass sie Anspruch auf eine stationäre Maßnahme hätten. Nur 5 % erhalten jedoch tatsächlich eine solche Maßnahme. „Zu viele Anträge auf Rehabilitations- und Kurmaßnahmen werden abgelehnt“, kritisiert Kerstin Griese, Vorstand Sozialpolitik im Diakonischen Werk der EKD. „Medizinische Vorsorge und Rehabilitationsmaßnahmen der Müttergenesung sind seit 2007 als Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenkassen im Sozialgesetzbuch festgelegt. Die gesetzlichen Regelungen sind grundsätzlich gut“, betont Griese. Die Politik müsse die Krankenkassen jedoch anweisen, diese auch umzusetzen. „Gespart wird an der falschen Stelle. Frauen, die eine Mutter-Kind-Kur brauchen, um wieder gesund zu werden und den Alltag bewältigen zu können, muss geholfen werden.“

Der Evangelische Fachverband für Frauengesundheit wurde am 7./8. November 1970 unter dem Dach der Diakonie gegründet, damals unter dem Namen „Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung“. Bundesweit leisten rund 460 Beratungsstellen Information und Beratung, Vorbereitung und Nachsorge. Insgesamt 14 evangelische Kliniken für Frauen/Mütter sowie Mutter-Kind in Trägerschaft der Frauenverbände bieten ganzheitliche stationäre Maßnahmen. 14.260 Frauen und Kinder haben 2009 an einer Maßnahme in einer der evangelischen Kliniken teilgenommen. Weitere Informationen unter [www.eva-frauengesundheit.de](http://www.eva-frauengesundheit.de).

Die eaf gratuliert dem Mitgliedsverband EVA zum Jubiläum.

#### • **„Bundesforum Männer“: Interessenverband für Jungen, Männer und Väter gegründet**

Am 4. November hat sich in Berlin das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mitfinanzierte „Bundesforum Männer“ gegründet. Der Verein versteht sich als bundesweite Interessenvertretung der gleichstellungspolitisch orientierten Organisationen der Männer-, Jungen- und Väterarbeit sowie der Forschung zu Jungen und Männern.

Zu den Gründungsmitgliedern gehören unter anderem der Paritätische Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz, die Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands. Darüber hinaus zählen zahlreiche fachspezifische Einrichtungen wie das Väterexpertenetzwerk Deutschland, die Bundesarbeitsgemeinschaft für Jungenarbeit sowie Arbeitsgemeinschaften aus den Bereichen Männer und Gesundheit, Männer als Täter und Opfer von Gewalt oder Männer in Bildung und Erziehung zu den Mitgliedern. Weitere Informationen unter [www.bundesforum-maenner.de](http://www.bundesforum-maenner.de).



Über Anregungen, Rückmeldungen und geeignete Veranstaltungshinweise für kommende Ausgaben unseres Newsletters freuen sich Esther-Marie Ullmann-Goertz (Redaktion) und Janina Haase (Layout und Verteiler). E-Mail: [info@eaf-bund.de](mailto:info@eaf-bund.de)



Die Fachzeitschrift der eaf, die Familienpolitischen Informationen (FPI), erscheint sechs Mal jährlich. Sie kann bei der Bundesgeschäftsstelle (Einzelheft 1,70 € / Jahresabonnement 7,00 €) bestellt werden: [www.eaf-bund.de/10.0.html](http://www.eaf-bund.de/10.0.html).

Inhaltsverzeichnisse des laufenden Jahrgangs und Artikel vergangener Jahre können auf der Website der eaf eingesehen werden: [www.eaf-bund.de/93.0.html](http://www.eaf-bund.de/93.0.html)



Weitere aktuelle Informationen, Texte, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Dokumentationen der eaf sind auf unserer Homepage <http://www.eaf-bund.de/> zu finden.